

Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Bildung – als Prozess und als Ergebnis – kann nicht ohne das Umfeld beschrieben werden, in dem sie stattfindet; allgemeingesellschaftliche sowie ökonomische Rahmenbedingungen und das Bildungssystem beeinflussen sich gegenseitig. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen u.a. die demografische Entwicklung, die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, die zunehmende Internationalisierung, der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie die verschiedenen Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens.

Der demografische Wandel, d.h. eine zahlenmäßig abnehmende und zugleich alternde Gesellschaft, stellt das deutsche Bildungssystem vor große Anforderungen (A1). Es gilt, den zeitlich verschoben wirksam werdenden Bevölkerungsrückgang in den traditionell bildungstypischen Altersgruppen und den Zuwachs bei den älteren Erwerbsfähigen zu antizipieren. Die erwartete Bevölkerungsentwicklung wird hier zum ersten Mal mit Vorausberechnungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen auf regionaler Ebene detailliert dargestellt.

Nicht nur in der öffentlichen Debatte zeigt sich immer deutlicher, dass für die gesellschaftliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund das Bildungssystem eine wichtige Rolle spielt. Auch hier erbringt die erstmalig vorgelegte regional differenziertere Betrachtung Hinweise für politische Gestaltung.

Die Möglichkeit, Ressourcen für das Bildungssystem bereitzustellen, hängt neben dem politischen Handeln wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab (A2). Die Entwicklung in diesem Bereich beeinflusst mittelbar – über die öffentlichen Haushalte – den Bildungsbereich, der zum überwiegenden Teil aus diesen öffentlichen Mitteln finanziert wird. Aus der weiter fortschreitenden Globalisierung ergeben sich eigene Herausforderungen an das Bildungssystem. Aus der größeren Marktoffenheit – nicht nur der deutschen Wirtschaft – resultieren stärkere internationale Verflechtungen. Die damit verbundene Internationalisierung von Arbeitskooperationen und die Entgrenzung der nationalen Arbeitsmärkte stellen das Bildungswesen vor neue Anforderungen.

Schließlich muss das Bildungssystem den Veränderungen im Bereich der Familie bzw. der partnerschaftlichen Lebensformen Rechnung tragen (A3). Neue Datenquellen und tiefer gehende Analysen lassen hier im Vergleich zum vorhergehenden Bericht ein differenzierteres Bild zu. Sie zeigen, dass Arrangements, die auf dem Konzept eines klar zwischen Schule und Familie aufgeteilten Bildungs- und Erziehungsauftrags basieren, nicht mehr sachgerecht sind. Diese Befunde ermöglichen es auch, die unterschiedliche gesellschaftliche und regionale Verteilung der Risikolagen von Kindern detaillierter darzustellen.

Demografische Entwicklung

Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung bildet eine wichtige Rahmenbedingung für das Bildungssystem. Da die Wege im Bildungssystem eng an bestimmte Altersstufen geknüpft sind, werden allein wegen der zu erwartenden sinkenden Geburtenzahl bei einer gleichzeitig steigenden Lebenserwartung nachhaltige Veränderungen in der quantitativen und qualitativen Nachfrage nach Bildungsangeboten eintreten. Angebote, die sich unter dem Konzept „Lebenslanges Lernen“ bzw. „Lernen im Erwachsenenalter“ subsumieren lassen, werden in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Die demografische Entwicklung bildet sich allerdings nicht nur in aggregierten Durchschnittszahlen wie der Veränderung der Gesamtbevölkerung ab. Von Interesse sind in dem hier betrachteten Kontext insbesondere die Veränderungen in Teilsegmenten der Altersgruppen wie auch die unterschiedliche regionale Ausprägung. Zudem ergeben sich aus Anzahl und Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weitere Herausforderungen für die Bildungseinrichtungen.

Langfristige demografische Entwicklung

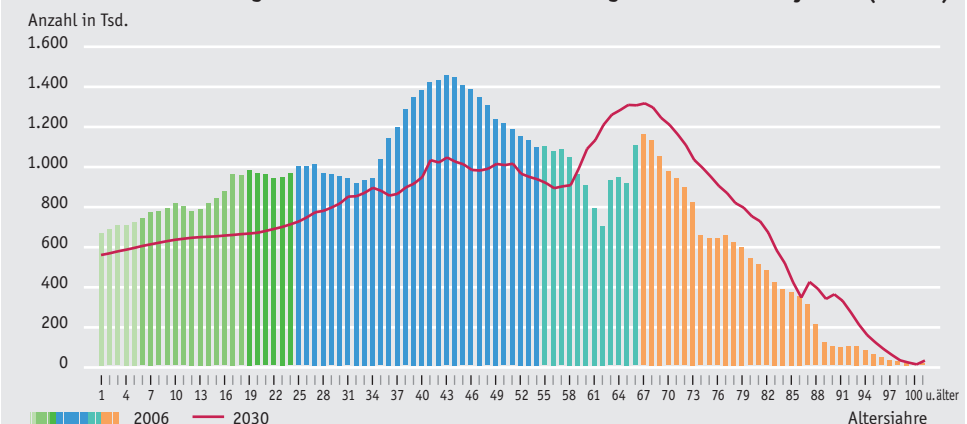
Bevölkerungsrelevante Prozesse vollziehen sich im Allgemeinen langsam und kontinuierlich. Dabei ist die künftige Bevölkerungsentwicklung durch die heutige Bevölkerungsstruktur bereits weitgehend determiniert. Vornehmlich durch die sich ändernden Geburtenraten sind die einzelnen Altersjahrgänge unterschiedlich stark besetzt. So stellen die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre zurzeit die Mehrzahl der Erwerbstätigen. Die nachfolgenden Altersgruppen erreichen bei Weitem nicht mehr die Größenordnungen der Jahre des „Babybooms“.

Unter den Annahmen der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung^M sind nachfolgende demografische Entwicklungen abzusehen: Der schon länger zu beobachtende Rückgang der Gesamtbevölkerung setzt sich fort; ihre Zahl wird von 2006 bis 2030 um 6% von 82 auf 77 Millionen sinken.

Anteil der nicht-erwerbstätigen gegenüber der erwerbstätigen Bevölkerung steigt

Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen erwerbstätiger und nichterwerbstätiger Bevölkerung: Kamen 2006 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 55 Kinder, Jugendliche (unter 19-Jährige) oder Senioren (über 66-Jährige), erhöht sich dieses Verhältnis im Jahr 2030 auf 100 zu 69 (**Abb. A1-1, Tab. A1-1A, Tab. A1-5web**).

Abb. A1-1: Bevölkerungsstand 2006 und Vorausberechnung 2030 nach Altersjahren (in Tsd.)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2006

Innerhalb der Gruppe der potenziell erwerbstätigen 19- bis unter 67-Jährigen findet eine Verschiebung statt.¹ Betrug der Anteil der 55- bis unter 67-Jährigen im Jahr 2006 noch 22%, wird er im Jahr 2030 auf 30% steigen. Parallel wird die Gesamtzahl der Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 67 Jahren von 53,1 Millionen (im Jahr 2006) über 51,4 Millionen (2018) auf 45,7 Millionen (2030) sinken. Dieser Rückgang liegt mit 14% deutlich über dem Rückgang der Gesamtbevölkerung (**Tab. A1-1A**).

Der Anteil der Senioren, d.h. der über 66-Jährigen, an der Gesamtbevölkerung wird im gleichen Zeitraum von 17% (14 Millionen) auf 25% (19,5 Millionen) ansteigen. Der Anteil der für den frühkindlichen und schulischen Bildungsbereich relevanten Gruppe der Kinder und Jugendlichen (unter 19-Jährige) wird insgesamt von 18,5% (15,2 Millionen Personen) auf 15,5% (12,0 Millionen) zurückgehen.

Die demografische Entwicklung hat unter anderem zur Folge – wie etwa die folgende Beispielrechnung zeigt –, dass die absolute Zahl der Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, trotz steigender Übergangsquoten rückläufig sein kann (vgl. **E1** und **F1**).

Anteil der älteren Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt deutlich zu

Modellrechnung: Entwicklung der Erwerbspersonenzahl

Für das Erwerbssystem stehen vor allem die Absolventen des Bildungssystems als Nachwuchs zur Verfügung. Deren unterschiedliche Jahrgangsstärken ziehen ein wechselndes Angebot auf dem Arbeitsmarkt nach sich. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass die weitere Bevölkerungsentwicklung – bei gleichbleibendem Bildungsverhalten² und ohne flankierende Maßnahmen aus der Politik – auch zu einer relativen Verknappung des Nachwuchses an Arbeitskräften führen wird.

Dies sei beispielhaft durch eine Vorausberechnung verdeutlicht. Die geburtenstarken Jahrgänge der heute 35- bis unter 57-Jährigen werden sukzessive durch die nachfolgenden geburtenschwächeren Altersstufen abgelöst. Von den 2,2 Millionen der 55- und 56-Jährigen im Jahr 2006, die spätestens 2016 aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und durch die nachfolgenden Generationen ersetzt werden, sind ca. 1,5 Millionen (69%) erwerbstätig.^M Die im Jahr 2016 nachrückende Generation der 25- und 26-Jährigen³ – d.h. der 15- und 16-Jährigen des Jahres 2006 – wird insgesamt nur 1,9 Millionen Personen umfassen. Legt man die derzeitige Erwerbsstruktur der 25- und 26-Jährigen zugrunde, werden nur 57% erwerbstätig sein. Hieraus ergibt sich für das Jahr 2016 – ceteris paribus – ein absolutes Defizit von ca. 400.000 Erwerbstätigen. Um dieses Defizit auszugleichen, müsste der Anteil der erwerbstätigen 25- und 26-Jährigen bis dahin von aktuell 57% auf 80% steigen.

Stünden diese Personen – z.B. durch verkürzte Bildungs-/Ausbildungszeiten – tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, könnte das Defizit kompensiert werden. Dies wäre jedoch bei einer weiter abnehmenden Bevölkerung nur ein einmaliger Effekt. Die Anzahl der 25- und 26-Jährigen im Jahr 2026 – d.h. der 5- und 6-Jährigen des Jahres 2006 – beträgt jedoch 20.000 Personen weniger als die aller 55- und 56-jährigen Erwerbstätigen im Jahr 2006 (**Tab. A1-2A**). Für diese Generation würde selbst eine 100%-ige Erwerbsquote den Arbeitskräftebedarf nicht decken können.

Sollte es insbesondere durch geeignete Ausbildungs- und Qualifikationsangebote gelingen, zusätzlich Menschen aller Altersgruppen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, die bisher nicht in ihn integriert sind, kann dieser demografisch bedingten Entwicklung entgegengewirkt werden.

Unter den gesetzten Annahmen: demografische Verluste werden nicht ausgeglichen

Einmaliger Effekt verkürzter Ausbildungszeiten

¹ Es erscheint an dieser Stelle sinnvoll, sowohl die sukzessive Anpassung des Rentenalters auf 67 Jahre mit einzubeziehen als auch davon auszugehen, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung ab dem 19. Lebensjahr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen wird.

² Zur Entwicklung bei den verschiedenen Bildungsabschlüssen vgl. **B3**

³ Diese Altersgruppe wurde gewählt, da sie in Deutschland für einen Abschluss im Hochschulbereich (ISCED 5A) typisch ist.

Insgesamt kann man bei der erwartbaren demografischen Entwicklung festhalten, dass einer kleiner werdenden Gruppe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine größer werdende Anzahl von älteren Erwerbsfähigen und Senioren gegenüberstehen wird. Lebenslanges Lernen und Lernen im Erwachsenenalter werden eine entscheidende Bedeutung nicht zuletzt auch für die Gewinnung und Erhaltung der Qualifikation der Beschäftigten bekommen.

Wirkungen auf regionaler Ebene

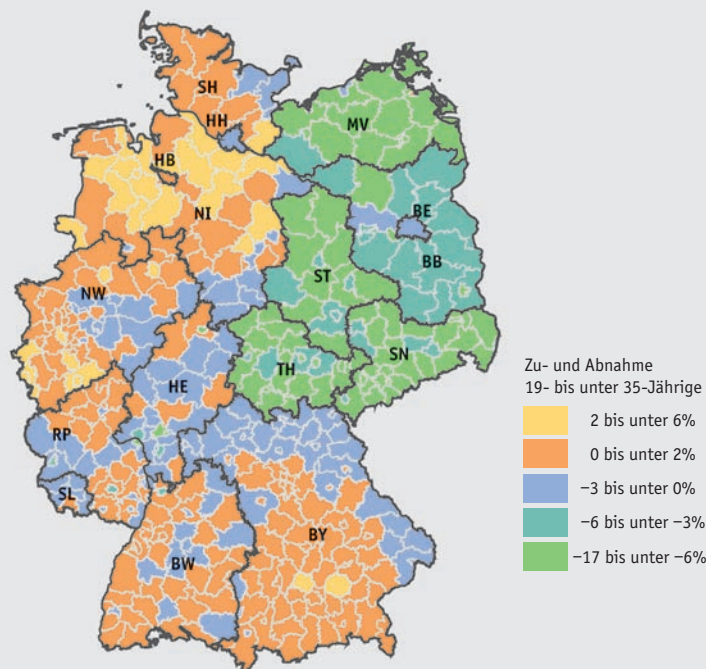
Wachsende regionale Disparitäten

Ein Indiz für die Zukunftsfähigkeit einer Region ist auch der Anteil der dort wohnhaften jungen Menschen. Bereits heute zeigt sich ein deutliches regionales Ungleichgewicht. Prosperierende Regionen verzeichnen einen Zuwachs in diesem Bereich (z. B. Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen mit einem Altersdurchschnitt von unter 40 Jahren), während in einigen Kreisen Sachsens das Durchschnittsalter der Bevölkerung auf ca. 46 Jahre und mehr angestiegen ist (Abb. A1-4A, Tab. A1-6web). Diese Unterschiede werden sich auch durch die voraussichtlich weiter anhaltende Binnenwanderung von Ost nach West – 2006 betrug sie 54.144 Personen – in der Zukunft noch vergrößern.⁴

Im Osten Deutschlands werden einige Gebiete bis zu 17% junge Menschen verlieren. Zuwächse (bis 6%) sind nur in Westdeutschland zu erwarten (Abb. A1-2, Tab. A1-3A, Tab. A1-7web). Es zeigen sich allerdings im gesamten Bundesgebiet – auch wenn der langfristige demografische Effekt nicht völlig nivelliert werden kann – deutlich Regionen, die sich gegen den Trend entwickeln und einen steigenden bzw. nur gering fallenden Anteil an Kindern im Alter von 0 bis unter 6 Jahren aufweisen werden.

Starker Rückgang des jüngeren Erwerbspersonenpotenzials vor allem in Ostdeutschland

Abb. A1-2: Regionale Zu- und Abnahme in der Gruppe der 19- bis unter 35-Jährigen bis 2020 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen
Kartengrundlage: Bundesamt für Kartografie und Geodäsie, eigene Gebietsanpassungen

⁴ Vgl. hierzu auch Bildungsbericht 2006

Exemplarisch seien hier die Großstädte Dresden, Leipzig, Bremen, Köln sowie die Regionen südlich von Erfurt, Hamburg oder Oldenburg genannt (**Abb. A1-6web, Tab. A1-7web**).

In der Konsequenz können diese prognostizierten rückläufigen Zahlen bei Kindern und Jugendlichen – gleichbleibende Bildungsausgaben vorausgesetzt – eine Chance für eine bessere schulische Versorgung bedeuten. Es können aber ebenso Probleme bei der flächendeckenden Versorgung mit einem umfassenden und wohnortnahen Bildungsangebot auftreten, wie sie sich schon heute in einigen Ländern zeigen (vgl. **D1**).

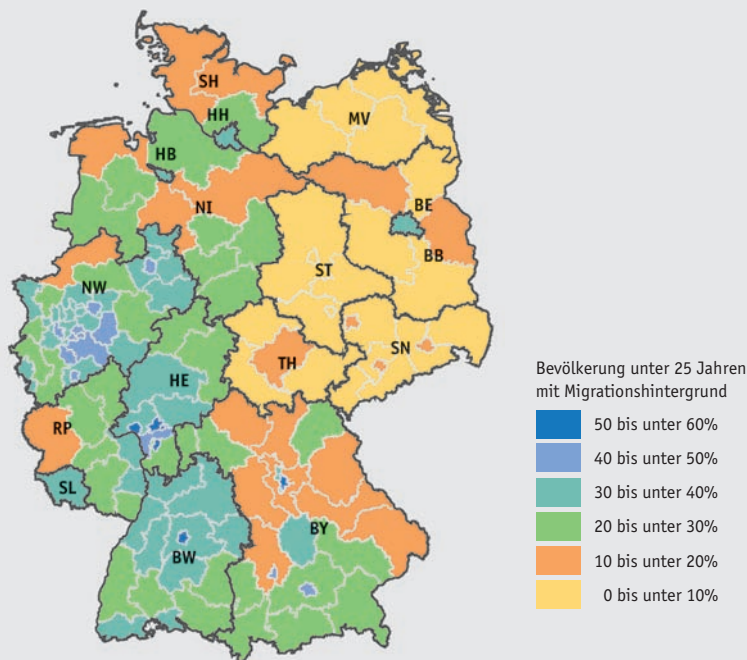
Bevölkerung nach Migrationshintergrund⁵

Insgesamt weisen im Jahr 2006 etwas mehr als 18% der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund **M** auf, wobei sich eine klare Ost-West-Dichotomie zeigt. Davon leben 91% der Migranten in den westdeutschen Ländern. Das bedeutet, dass 21% der Bevölkerung in Westdeutschland einen Migrationshintergrund besitzen, jedoch nur gut 8% in Ostdeutschland (**Abb. A1-5A**).

Bei der für das Bildungssystem besonders relevanten Altersgruppe der unter 25-Jährigen haben in den westlichen Ländern im Durchschnitt 30% einen Migrationshintergrund. In Ballungszentren wie etwa dem Rhein-Main-Gebiet, dem Raum Düsseldorf-Wuppertal, Teilen des Ruhrgebietes, aber auch in Großstädten wie Berlin, München, Hamburg, Stuttgart, Augsburg oder Erlangen/Nürnberg steigt dieser Anteil auf bis zu 50%, teilweise geht er sogar darüber hinaus (**Abb. A1-3**).

Gut 18% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Abb. A1-3: Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund 2006 (in %)



In manchen Regionen über 50% der unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2006, eigene Berechnungen
Kartengrundlage: Bundesamt für Kartografie und Geodäsie, eigene Gebietsanpassungen

⁵ Eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesem Thema findet sich im Bildungsbericht 2006, Kap. H.

Die aktuelle Bildungsbeteiligungsquote ^M der unter 25-Jährigen insgesamt liegt im Jahr 2006 bei 63%, für Personen ohne Migrationshintergrund bei 64% und für jene mit Migrationshintergrund bei 59% (Tab. A1-4A, vgl. auch B2).

^M Methodische Erläuterungen

11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Die hier zugrunde gelegte Variante 1 W1 der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (2005 bis 2050) geht von einer annähernd konstanten Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau, einer durchschnittlichen Lebenserwartung für Männer von 83,5 Jahren und für Frauen von 88,0 Jahren im Jahre 2050 sowie einem Wanderungssaldo von ca. 100.000 Personen pro Jahr aus.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich im Erziehungsurlaub befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen sind als erwerbstätig erfasst, ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Als Personen mit Migrationshintergrund zählen alle, die selbst oder deren Eltern (ohne Großeltern)

- nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind oder
- nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder
- eingebürgert wurden.

Die Gliederung nach Herkunftsregionen bezieht sich auf die (frühere) Staatsangehörigkeit der Person selbst. Migranten türkischer Herkunft sind z. B. alle, die die türkische Staatsangehörigkeit besitzen bzw. diese vor Einbürgerung besaßen.

Bildungsbeteiligungsquote

Für diese Quote wird die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer in einer bestimmten Altersgruppe auf die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe bezogen.

Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Strukturwandel stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen z. B. auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen haben und die zugleich ihrerseits Anforderungen an das Bildungswesen im Hinblick auf dessen Qualifizierungsfunktion (vgl. **I1**) stellen.

Wirtschaftliche Entwicklung

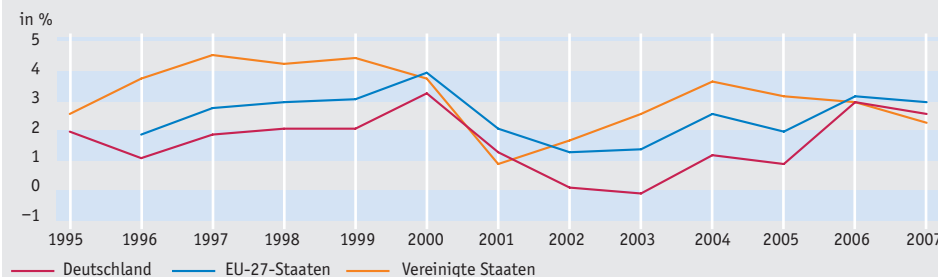
Nach einer Stagnation in den Jahren 2002 und 2003 verzeichnete Deutschland wieder höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In den Jahren 2006 und 2007 lag das deutsche Wirtschaftswachstum in etwa auf dem Niveau der EU-27-Staaten und der Vereinigten Staaten (**Abb. A2-1**). Auch die Beschäftigungssituation hat sich wesentlich verbessert, jedoch lag die Arbeitslosenquote ^M in Deutschland mit 8,4% im Jahr 2007 noch deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 7,1% (**Tab. A2-1A**).

Die positive wirtschaftliche Entwicklung führte zu einem höheren Volkseinkommen, das Staat, Unternehmen und Individuen potenziell auch für Bildung verwenden können. Der Bildungsbereich hat jedoch nur unterproportional von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitiert: Der Anteil der Bildungsausgaben ^M am BIP (Abgrenzung nach Bildungsbudget, vgl. **B1**) ging von 6,9% im Jahr 1995 auf 6,3% im Jahr 2005 und auf 6,2% im Jahr 2006 zurück.

Nach wie vor besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb Deutschlands ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle. Das BIP je Einwohner in den westlichen Flächenländern überstieg mit 30.800 Euro den Wert in den östlichen Flächenländern (21.100 Euro) im Jahr 2007 um knapp 50% (**Tab. A2-4web**).

**Günstige
konjunkturelle
Entwicklung**

Abb. A2-1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, der EU und den Vereinigten Staaten 1995 bis 2007 (in %)

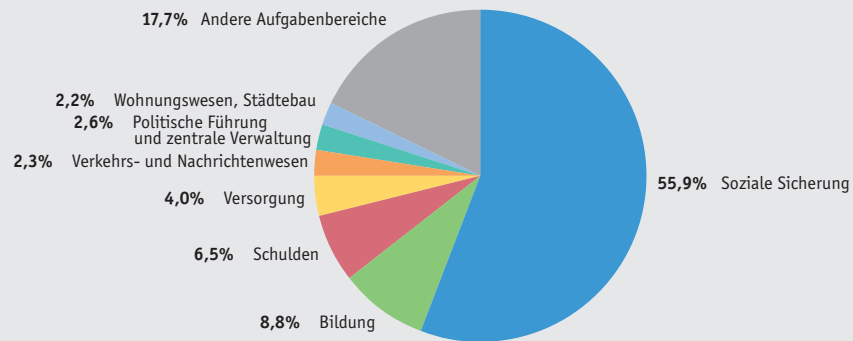


Quelle: Eurostat-Homepage, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte finanzieren gut drei Viertel der Bildungsausgaben in Deutschland. Für eine realistische Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher grundlegende Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte eine unabdingbare Voraussetzung. Über alle Aufgabenbereiche hinweg waren die öffentlichen Gesamtausgaben zwischen 2003 und 2005 leicht rückläufig. Die Ausgaben für Bildung einschließlich Kindertageseinrichtungen sind leicht gestiegen, damit erhöhte sich deren Anteil an den öffentlichen Gesamtausgaben von 8,7 auf 8,8% (**Tab. A2-5web**).

Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts 2005 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen für den öffentlichen Gesamthaushalt 2005

Insgesamt ist die Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts ^M jedoch praktisch unverändert geblieben. Auch im Haushaltsjahr 2005 entfiel auf die soziale Sicherung der mit Abstand höchste Ausgabenanteil: Mit rund 56% betrug er mehr als das Sechsfache des Anteils für Schulen, Hochschulen und das übrige Bildungswesen einschließlich Kindertageseinrichtungen (Abb. A2-2). Längerfristig werden neben dem Schuldendienst die steigenden Belastungen durch Pensionszahlungen den Handlungsspielraum von Bund, Ländern und Gemeinden einschränken.

Steigende Steuereinnahmen erhöhen finanziellen Spielraum für Bildungspolitik

Bedingt durch die günstigere wirtschaftliche Entwicklung seit 2005, die zu steigenden Steuereinnahmen geführt hat (Tab. A2-2A), stellt sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte derzeit wieder etwas positiver dar. Während der Staatssektor 2004 noch einen negativen Finanzierungssaldo ^M von mehr als 80 Milliarden Euro auswies, war 2007 ein leichter Überschuss zu verzeichnen. Dadurch verbessert sich der finanzielle bildungspolitische Gestaltungsspielraum für Bund, Länder und Gemeinden.

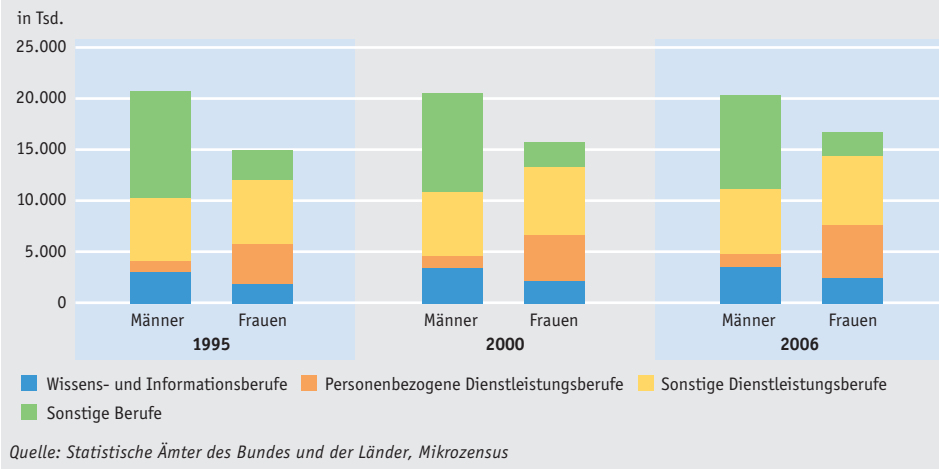
Unbeschadet der Höhe der Bildungsausgaben ergibt sich durch den sich bereits abzeichnenden Rückgang der bildungsrelevanten Bevölkerung weiterer Gestaltungsspielraum. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die für den Elementar-, Primar- und Sekundarbereich relevante Bevölkerungsgruppe der unter 19-Jährigen in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich um etwa ein Siebtel zurückgehen (vgl. A1).

Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

In den letzten Jahrzehnten waren in der deutschen Volkswirtschaft im Hinblick auf die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in einen primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) tief greifende Strukturveränderungen zu beobachten. Der Dienstleistungssektor dehnte sich aus, während die wirtschaftliche Bedeutung der anderen Bereiche zurückging (Tab. A2-6web). Im Jahr 2007 entfielen auf den Dienstleistungssektor rund 70% der Bruttowertschöpfung, 1970 waren es nur etwa 50%.

Neue Arbeitsplätze entstehen insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, in Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch bei den öffentlichen und personenbezogenen Dienstleistungen, zum Beispiel im Pflegebereich.

Infolge des Strukturwandels und des technologischen Fortschritts verändern sich viele Berufsbilder und Anforderungsprofile. In einer Dienstleistungs- und Wissens-

Abb. A2-3: Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 1995 bis 2006 (in Tsd.)

gesellschaft werden analytisches Denken, Kommunikations- und Problemlösungskompetenzen stärker gefordert. Hierauf muss das (Aus-)Bildungssystem reagieren.

Schließlich sind auch geschlechtsspezifische Arbeitsmarktentwicklungen zu beobachten. Frauen sind insgesamt häufiger als Männer in Dienstleistungsberufen beschäftigt (Abb. A2-3, Tab. A2-3A), insbesondere bei den personenbezogenen Dienstleistungen. Dagegen arbeiten mehr Männer als Frauen in Wissens- und Informationsberufen. In typischen Männerberufen^M ist die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 2006 um 5% zurückgegangen, während sie in typischen Frauenberufen^M um 10% zugenommen hat. Die Entwicklungen im Rahmen des Strukturwandels legen es nahe, nicht nur mehr Frauen für eine Ausbildung in bislang von Männern dominierten Bereichen wie Ingenieurwissenschaften zu gewinnen, sondern umgekehrt auch die Ausbildung von Männern in frauentypischen Berufen gezielt zu fördern (vgl. auch H3).

Typische Frauenberufe haben günstigere Beschäftigungsperspektiven als Männerberufe

Internationalisierungs- und Globalisierungstrends

Die Globalisierung ist charakterisiert durch die weltweite Verteilung und Organisation von Wertschöpfungsketten. Sie betrifft nicht nur die Industrie, sondern zunehmend auch Dienstleistungen. Der globale Wettbewerb betrifft somit einen Großteil der Firmen und Arbeitskräfte und ist nicht auf bestimmte Branchen oder Beschäftigtengruppen beschränkt.

Die deutsche Wirtschaft ist in Relation zur Wirtschaftsleistung stärker in den Weltmarkt eingebunden als die meisten anderen Industriestaaten (Tab. A2-7web). Seit 2003 nimmt Deutschland mit einem Anteil von rund 10% am Weltwarenexport die erste Position unter den Exportstaaten ein, gefolgt von den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2006 waren 8,9 Millionen Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland vom Export abhängig, fast 23% aller Erwerbstätigen; 1995 arbeiteten nur etwa 15% der Erwerbstätigen für den Export. Etwa die Hälfte der vom Export abhängigen Erwerbstätigen produzierte 2006 Waren, die andere Hälfte Dienstleistungen, vorwiegend Verkehrs-, Großhandelsleistungen und sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen für das Exportgeschäft. Dabei profitiert die Beschäftigung in den Dienstleistungsberreichen stark vom Warenexport.

Anteil exportabhängiger Arbeitsplätze in Deutschland auf fast ein Viertel gestiegen

Internationalisierung und Globalisierung haben Rückwirkungen auf das Bildungssystem. In den OECD-Staaten führen sie gemeinsam mit dem technologischen

Fortschritt zu einem geringeren Bedarf an gering qualifizierten Beschäftigten. Dies verstärkt die Notwendigkeit einer guten Erstausbildung und insbesondere der lebenslangen Weiterqualifizierung, die den besonderen Anforderungen entgrenzter Arbeitsmärkte entspricht. Darüber hinaus verändert sich im Zuge der Globalisierung die Branchenstruktur. Die wegfallenden und die neu entstehenden Arbeitsplätze haben in der Regel nicht die gleichen Qualifikationsanforderungen, sodass sich auch hierdurch der Weiterbildungsbedarf erhöht und Ausbildungskapazitäten angepasst werden müssen.

Die internationale Dimension spiegelt sich in der Zahl der Studierenden des Tertiärbereichs wider, die außerhalb ihres Heimatlandes an Hochschulen eingeschrieben sind. Im Jahr 2005 studierten im OECD-Gebiet knapp 50 Millionen junge Menschen, davon rund 2,3 Millionen nicht in ihrem Heimatland. In Deutschland hat sich die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Bildungsdienstleistungen werden außerdem zunehmend selbst zu einem Wirtschaftsgut, insbesondere im Weiterbildungsbereich. Die Nutzung von ausländischen Angeboten des E-Learning und des Fernunterrichts, die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen, die Gründung von Zweigniederlassungen oder die Erbringung von Bildungsdienstleistungen im Ausland sind weitere Facetten der Globalisierung des Bildungswesens.

M Methodische Erläuterungen

Arbeitslosenquote

Die hier zugrunde gelegte Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Nach dem ILO-Konzept zählen zu den Arbeitslosen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit verfügbar waren, c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit zu finden, oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten, aufnehmen.

Dagegen bezieht sich die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB).

Bildungsausgaben

Vgl. **B1**.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die bereinigten Ausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo (Einnahmen abzüglich Ausgaben) des Sektors Staat in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Typische Männer- und Frauenberufe

Als typische Männerberufe wurden Berufsgruppen mit einem Anteil der weiblichen Beschäftigten von weniger als 30% zusammengefasst, als typische Frauenberufe zählen Berufsgruppen mit einem Anteil der weiblichen Beschäftigten von mehr als 70%.

Wandel der Familien- und Lebensformen

Die Familien- und Lebensformen wandeln sich, und damit verändern sich auch die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Einzelnen für die Teilnahme am Bildungssystem im Lebenszyklus sowie für das Zusammenwirken von Familien und Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Die Veränderungen im Erwerbsleben und in der Erwerbsbeteiligung wirken auf die Art der partnerschaftlichen Lebensformen und umgekehrt. Familien und Kinder sind in unterschiedlichem Maß sozialen Risikolagen ausgesetzt, die die Chancen im Bildungssystem tangieren.

Familien- und Lebensformen^M

Im Jahr 2006 lebte mehr als die Hälfte der Bevölkerung als Erwachsene und Kinder im Haushalt zusammen, 41% als Ehepaare mit ihren Kindern, 3% als Lebensgemeinschaften mit ihren Kindern und 8% als Alleinerziehende mit ihren Kindern (**Abb. A3-1, Tab. A3-1A**).

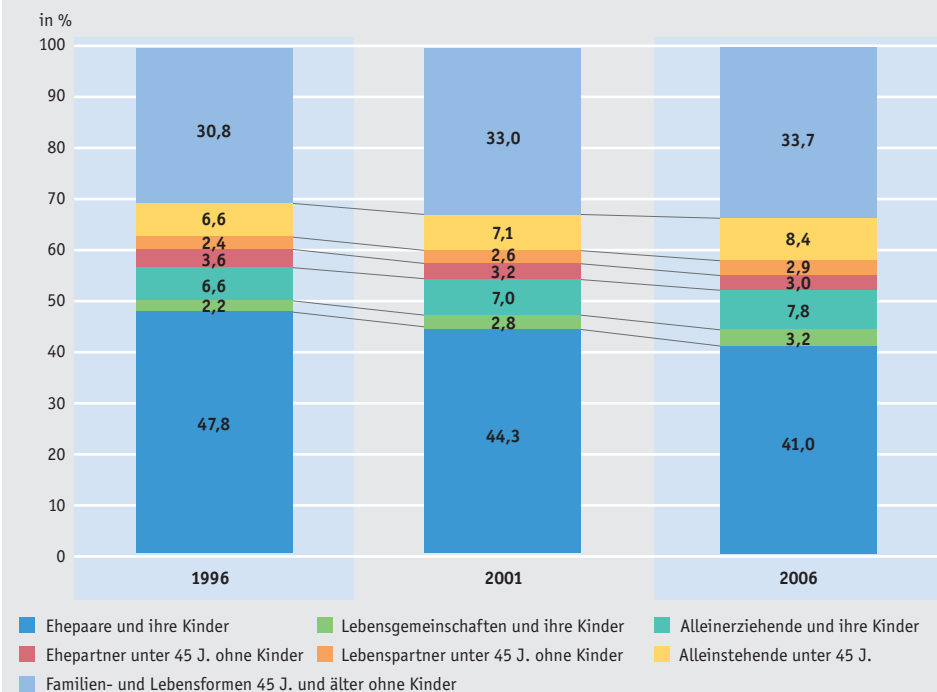
Die übrige Bevölkerung teilt sich in zwei Gruppen: einerseits in die kleinere Gruppe der Jüngeren unter 45 Jahren ohne Kinder, die entweder als Ehe- (3%) bzw. Lebenspartner (3%) zusammenleben oder alleinstehend (8%) sind, andererseits in die große Gruppe der Bevölkerung im Alter von 45 Jahren und älter, die als Ehe- bzw. Lebenspartner zusammenleben oder alleinstehend sind und deren Kinder – soweit sie welche hatten – nicht mehr im gemeinsamen Haushalt leben.

Vor allem bei jungen Menschen vollzieht sich ein Wandel zu neuen Lebensformen. Im Jahr 2006 lebten im Alter von 25 bis unter 35 Jahren – der Altersspanne, in der am häufigsten Kinder geboren werden – 33% der jungen Menschen allein, weitere 25% zusammen mit einem Ehe- oder Lebenspartner ohne Kinder, 42% lebten in

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Haushalten mit Kindern

Wandel zu neuen Lebensformen

Abb. A3-1: Bevölkerung 1996, 2001 und 2006 nach Lebensformen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Familienformen mit Kindern. Bei denen, die im Alter von 25 bis unter 35 Jahren Kinder hatten, waren andere Familienformen als die Ehe verbreitet: 13% lebten unverheiratet in Lebensgemeinschaften, 11% als Alleinerziehende. Der Anteil der Ehepaare an allen Lebensformen mit Kindern in dieser Altersgruppe überwog zwar mit 76% noch bei Weitem, ein Jahrzehnt zuvor machte er allerdings noch 84% aus.

Erwerbstätigkeit in der Familie

Erwerbstätigen-quoten bei neuen Lebensformen höher

Der Umfang der elterlichen Betreuungsleistungen variiert je nach Familien- und Lebensform und nicht zuletzt nach dem Umfang der Erwerbstätigkeit der Eltern. Bei Ehepaaren mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren waren 2006 etwa 84% der Väter und 28% der Mütter aktiv erwerbstätig (Tab. A3-2A). Von den erwerbstätigen Ehefrauen war die große Mehrheit, nämlich 76%, teilzeitbeschäftigt. In der kleinen, aber wachsenden Gruppe der nicht verheirateten Eltern ist demgegenüber die Erwerbsbeteiligung von Müttern größer und die der Väter etwas geringer. So beträgt die Erwerbstätigenquote der Lebenspartnerinnen fast 50%, und die Quote der Teilzeitbeschäftigung ist mit 64% deutlich geringer als diejenige von verheirateten Frauen. Dagegen sind von den Lebenspartnern 17% nicht aktiv erwerbstätig, und ihre Teilzeitquote liegt um 60% höher als die der verheirateten Väter. Lebenspartnerschaften statt Ehen werden von Müttern und Vätern aller Qualifikationsstufen ungefähr gleich häufig eingegangen. Die Erwerbstätigenquote von Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren ist niedriger als die von verheirateten Müttern mit Kindern in der gleichen Altersgruppe.

Risikolagen^M von Kindern

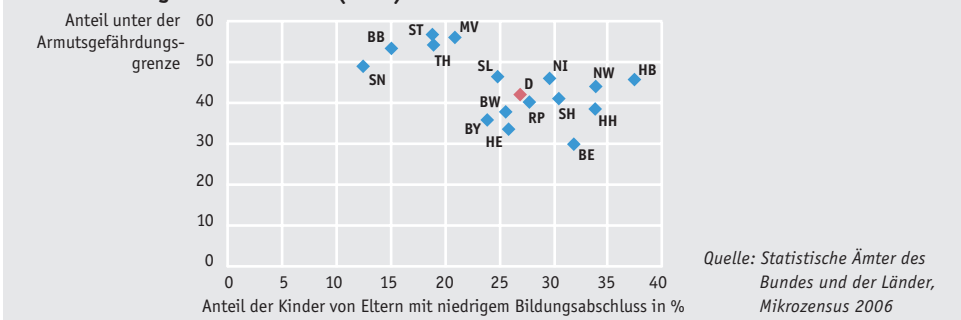
Viele Kinder von Risikolagen betroffen

Die Familien, aber auch die Familienformen^M unterscheiden sich untereinander in dem Ausmaß, in dem in ihnen gemeinsame Güter für den Lebensunterhalt bereitgestellt werden können. Hierzu gehören neben den wirtschaftlichen auch die kulturellen und sozialen Ressourcen der Familie und damit das Maß an Unterstützung, das Kinder aus ihrem familiären Umfeld für ihre Bildung erfahren. Bei Eltern, die nicht erwerbstätig sind, die selbst keinen oder nur einen niedrigen Schulabschluss erworben haben und die in Armut leben, wachsen Kinder in Risikolagen auf, die sich auf Kinder nachteilig auf ihre Bildungschancen auswirken können (Abb. A3-2, Tab. A3-3A).

Risikolagen ungleich verteilt

In Deutschland lebte 2006 mehr als jedes zehnte Kind unter 18 Jahren in einer Familie, in der kein Elternteil erwerbstätig ist. Bei über 3,4 Millionen bzw. 23% der Kinder lag das Einkommen der Familie unter der Armutsgefährdungsgrenze^M. 13% der Kinder wuchsen in Familien auf, in der niemand über einen Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher verfügt. Dies wirkt sich auf die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen unmittelbar aus (vgl. B3, D7 und H4). Von mindestens einer

Abb. A3-2: Anteil von Kindern im Alter unter 18 Jahren 2006 nach ausgewählten Risikolagen und Ländern (in %)



dieser Risikolagen sind 4,2 Millionen oder 30% aller Kinder betroffen. Seit 2000 war bei dieser Kennziffer nur ein geringfügiger Rückgang um einen Prozentpunkt zu verzeichnen.

Die Bildungseinrichtungen der Länder sind durch Kinder mit mehrfachen Risiken in unterschiedlichem Maß herausgefordert. Von allen drei Risiken gleichzeitig sind deutschlandweit 3,5% der Kinder unter 18 Jahren betroffen; in Bremen 9%, knapp 10% in Hamburg, in Berlin 6% sowie in Schleswig-Holstein 4%. Generell günstiger stellt sich in dieser Hinsicht die Situation in den neuen Ländern dar, weil hier die Eltern oft eine bessere Vorbildung haben. Nach Familienformen unterschieden, lebten Kinder von Alleinerziehenden mit 11% am häufigsten in Risikolagen (**Abb. A3-2, Tab. A3-4web**).

Geht man davon aus, dass ein Leben unter der Armutsgefährdungsgrenze zu einer deutlichen Verschlechterung der Bildungschancen führt, ist die Entwicklung in den letzten Jahren besonders bedenklich (**Tab. A3-5web**): Jedes fünfte Ehepaar mit Kindern unter 18 Jahren muss mit weniger als 60% des durchschnittlichen Familieneinkommens auskommen. Jede vierte Lebensgemeinschaft mit Kindern lebt unter der Armutsgefährdungsgrenze. Am stärksten betroffen sind Alleinerziehende, deren Armutsrisiko doppelt so groß ist wie das von Ehepaaren.

Das Betreuungsangebot der Bildungseinrichtungen beeinflusst die Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten der familiären Lebensführung. Es unterstützt oder erschwert die Wahl bestimmter Lebensmodelle und den möglichen Umfang der Erwerbstätigkeit der Eltern. Für Frauen und Männer ist die Abstimmung zwischen Bildungs- und Berufsverläufen auf der einen Seite und der Entwicklung von Familienbeziehungen auf der anderen Seite komplizierter geworden und verlangt nach neuen und flexiblen Angeboten des Bildungssystems. Die Verbesserung der Vereinbarkeit nicht nur von Beruf und Familie, sondern auch von institutionellen Ausbildungsstrukturen und Familie wird zu einer immer wichtigeren Frage für die Lage der nachwachsenden Generation.

Kinder von Alleinerziehenden am häufigsten von Armutsrisiken betroffen

Familiäre Bedürfnisse im Bildungssystem stärker berücksichtigen

M Methodische Erläuterungen

Lebensform

Lebensformen werden nach Elternschaft und Partnerschaft unterschieden: Paare mit und ohne ledige Kinder, alleinerziehende Elternteile mit Kindern sowie alleinstehende Personen ohne Partner bzw. Partnerin und ohne ledige Kinder im Haushalt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, und Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung bleiben unberücksichtigt.

Unterteilt wird zum einen nach Familien- und Lebensformen ohne Kinder im Haushalt, in denen die Haushaltsbezugsperson 45 Jahre und älter ist, zum anderen nach Familien- und Lebensformen, in welchen die Haushaltsbezugsperson jünger als 45 Jahre ist. Weiter differenziert wird nach der individuellen Lebensform – Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinstehende – sowie nach Kindern im Haushalt.

Risikolagen

Es werden drei Risikolagen definiert: erstens eine soziale, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist, d. h. beide Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil erwerbslos oder Nichterwerbspersonen sind, zweitens eine kulturelle, wenn kein Elternteil über einen Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher verfügt, und drittens eine ökonomische, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Für jede Risikolage wird damit je ein Merkmal zugrunde gelegt.

Familienformen

Als Familien unterscheidet der Mikrozensus nach dem Lebensformenkonzept zwischen den Familienformen Ehepaar (mit Kindern), Lebensgemeinschaft (mit Kindern) und Alleinerziehende/r (mit Kindern).

Armutsgefährdungsgrenze

Als Einkommen werden hier nicht die Haushaltseinkommen, sondern die Familienäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen der Familie ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Familienmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Analog zur der entsprechenden Berechnung auf der Basis von Haushaltseinkommen kann bei weniger als 60% des Medians des Familienäquivalenzeinkommens Armutsgefährdung angenommen werden.

Abb. 1: Bildungsorte und Lernwelten in Deutschland

